

# Versuche zu einer Wirtschaftsreform

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **71 (1977)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142621>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

In verschiedenen Zeitungen und Inseraten sind fälschlicherweise Boldern als Geburtsstätte und seine Mitarbeiter als Redaktoren des Demokratischen Manifests bezeichnet worden. Aber weder die Leitungsgruppe als Ganzes noch einzelne Mitarbeiter haben an der Verfassung des Manifests mitgewirkt. Zwar kann Boldern, wie an der Pressekonferenz deutlich hervorging, mit der Grundtendenz des Manifestes, der Verteidigung unserer verfassungsmäßigen Freiheitsrechte, einig gehen. Das Recht auf ungeschmälerte politische Auseinandersetzung muß erhalten bleiben. Allerdings widersprechen einige verallgemeinernde Feststellungen des Manifests der Grundhaltung von Boldern. Auch möchte das Zentrum weiterhin als Begegnungsstätte für Menschen verschiedener Weltanschauung dienen. Deshalb haben die Boldern-Mitarbeiter davon Abstand genommen, das Demokratische Manifest zu unterzeichnen.

Dieses Auf-Distanz-Gehen bedeutet aber umgekehrt nicht eine Identifizierung mit den Tätigkeiten Cinceras oder des Schweizerischen Aufklärungsdienstes. Die Tätigkeit dieser Institutionen ist geeignet, die öffentliche Hysterie einzuheizen aus Angst vor gesellschaftlichen Veränderungen, wie sich NZZ-Chefredaktor Luchsinger einmal geäußert hat. Zudem arbeitet das Cincera-Archiv schlecht, liederlich und oberflächlich. Um ein Beispiel zu nennen: als verdächtige Person führt es u. a. NZZ-Redaktor Hanno Helbling unter dem Namen «Benno Helbling» auf. Für viele Mitbürger, die sich öffentlich exponieren, mag es eine Ehre sein, im Cincera-Archiv zu figurieren. Daß aber dieses unbrauchbare Instrument als Ratgeber bei Stellenwechsel oder bei allfälligen Entlassungen beigezogen wird, muß das größte Mißtrauen des freiheitlichen Schweizerges erwecken. Das Boldern-Team ist deshalb der Ansicht, daß durch solche Umtriebe unserer Demokratie schwerer Schaden zugefügt wird. EPD

## Versuche zu einer Wirtschaftsreform

Der Glaube an ein durch die moderne Technologie ermöglichtes unbeschränktes Wachstum der Wirtschaft besteht heute nicht mehr. An Warnungen vor einer rücksichtslosen Expansion hatte es nicht gefehlt. Die am meisten Aufsehen erregende war eine Publikation des «Club of Rome» (1972) betitelt «Grenzen des Wachstums». Obschon viele Folgerungen dieser auf Computer-Kalkulation beruhenden Studie seither von Wirtschaftsfachleuten in Zweifel gezogen wurden, der Schock, den sie verursachte, war doch heilsam, und wenn er nur zur Ueberprüfung eines besonders seit Ende des Zweiten Weltkrieges grassierenden Wachstumsfanatismus führte.

Die weltweite Rezession, die etwa 1974 einsetzte, tat ein Uebri-  
ges um Vergleiche zwischen Möglichem und Wünschbarem in wirt-  
schaftlicher Entwicklung anzustellen. Die Krise mag durch die bruske  
Verteuerung der wichtigsten Energiequelle des Westens, des Erdöls,  
ausgelöst worden sein; ihr eigentlicher Grund lag in der weit über-  
proportionierten Leistungsfähigkeit der Industrie der USA, Europas  
und Japans. Ihrem Warenabsatz waren Grenzen gesetzt, einmal durch  
die Wirtschaftsblöcke der kommunistischen Staaten, Sowjetunion und  
China, die, obwohl potentiell ungeheuer reich, anderen wirtschaft-  
lichen Maximen gehorchen und die Dritte Welt, die ehemaligen Kolo-  
nien, die nur den kleinsten Teil der Ueberproduktion der westlichen  
Industrieländer aufnehmen können oder wollen.

Dabei ist, gerade in den letzten zehn Jahren die Entwicklung der  
Technologie nicht stillgestanden. Neue Fabrikationsverfahren im gra-  
phischen Gewerbe oder in anderen Industrien, setzen die Betriebe in  
den Stand, mit immer weniger Arbeitern mehr Güter zu erzeugen.  
Wenn zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland 1952 noch  
fünfundsechzig Beschäftigte nötig waren, um Güter im Wert von einer  
Million DM herzustellen, so kann dort in den modernsten Betrieben  
die gleiche Menge Waren von 7.6 Arbeitern produziert werden. Von  
kaufmännischen und Verwaltungsangestellten waren 1971 in der BRD  
40 000 Männer und Frauen arbeitslos, heute sind es 400 000: dabei  
hat die Rationalisierungswelle erst begonnen. Nicht viel besser steht  
es in der Landwirtschaft. 1960 waren in den neun Staaten der EG noch  
16 Prozent aller Beschäftigten in diesem ältesten Berufe tätig, heute  
sind es nur noch 9 Prozent.

Am schlimmsten steht es um die jungen Leute, die Schulentlasse-  
nen, die ihre Berufsaussichten unter Rezessionsbedingungen dahin-  
schwinden sehen; dazu kommt, daß heute auch die Auswanderung  
nach Ländern westlicher Tradition — Amerika oder Kanada, zum  
Beispiel, außerordentlich schwierig ist. Es ist äußerst wichtig, daß in  
der Schweiz alles getan wird, den Jungen, auch den intellektuell  
schwächeren, eine Berufsausbildung zu verschaffen, um sie nicht dem  
Nichtstun zu überlassen, was sich auf die Psyche jedes Menschen,  
besonders aber der Jungen verheerend auswirkt. Die Gewerkschaften  
vertreten in erster Linie die Forderungen der Berufstätigen — Siche-  
rung der Arbeitsplätze, dazu bessere Arbeitsbedingungen, kürzere  
Arbeitszeit (40 Stunden Woche), mehr Ferien für Lehrlinge und Leute  
in fortgeschrittenem Alter. Solche Forderungen sind beim hektischen  
Arbeitstempo des Westens verständlich. Was die Gewerkschaften aber  
nicht verhindern können, ist die Ausmerzungen von gut bezahlten Posten  
im Arbeitsprozeß und ihre Ersetzung durch neue Produktionsverfah-  
ren, wie sie heute in großen Zeitungsverlagen in der BRD zum Beispiel

zur Anwendung kommen. Dort werden durch Einführung des Lichtsatzes bis zu zwei Dritteln der Druckereiarbeitsplätze eingespart. «Weil diese teure und aufwendige Technik sich für kleine Betriebe nicht lohnt, wird sie die Konzentration im überwiegend mittelständischen Druckgewerbe beschleunigen.» (Neue Stimme Dezember 1976)

Dies ist in ein paar Strichen das Bild, welches die westliche Wirtschaft bietet. Es ist charakterisiert durch den Polarisierungs-Prozeß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Kapital und Arbeit, der seit ihrem Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsweise innewohnte, und im 20. Jahrhundert immer schärfere Formen annahm. Dieser Klassenkampf hat, wie die ältere Generation es erlebte, zu Katastrophen in Form von Faschismus geführt, und damit zu völliger Rechtlosigkeit der Arbeitnehmer, oder hat in einer Verstaatlichung der Wirtschaft geendet, wie sie in den Sowjetblock-Staaten besteht. Daß der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit auch künftig den gleichen tragischen Ausgang nehmen kann, haben Chile (1973) und eine ganze Reihe anderer Staaten, die wir nicht aufzuzählen brauchen, zur Genüge bewiesen. Glücklicherweise kann sich eine Entwicklung auch in umgekehrter Richtung vollziehen, wie Portugal und Spanien gegenwärtig demonstrieren.

Der Sturz in die Diktatur, wie die Rückkehr zu demokratischen Formen des Zusammenlebens ist, wie die Welt feststellen kann, für ein Volk mit viel Blut und Tränen verbunden. Der Weg zu ausgeglichenen, gewaltfreien, menschlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Volksgruppen, zwischen Planern und Ausführenden, zwischen Kapital und Arbeit, muß jetzt gefunden werden, weil gewaltsame Auseinandersetzungen bei der heutigen politischen Spannung leicht zu einem Großkrieg eskalieren und damit den Untergang der Menschheit herbeiführen können. Pionierarbeit im Sinne der Ueberbrückung der Kluft zwischen Industrie-Magnaten und Arbeitern leistete schon Robert Owen (1771-1818), der in der schlimmsten Periode der Industrialisierung Englands sich bemühte, für seine «Fabrikler» menschenwürdige Existenzbedingungen zu schaffen. Das war ein sehr bescheidener Anfang, es bedarf gewaltiger Anstrengungen, bis die Situation entschärft ist.

Eine Art Bestandesaufnahme der Rolle des Kapitals in Wirtschaft und Politik, die Schranken und Irrwege der Kapitallenkung, die zur heutigen wirtschaftlichen und geistigen Situation führten, sind in einer eindrucksvollen Darstellung von Professor Wilken enthalten\*. Sein

---

\* Volkert Wilken: «Das Kapital, sein Wesen, seine Geschichte, sein Wirken im 20. Jahrhundert (Novalis-Verlag, 410 Seiten).

Werk, im Novalis Verlag, Schaffhausen, 1976 erschienen, bietet eine tiefgründende Untersuchung aller Ursachen der «weltweiten Erscheinungen von Inflation und Arbeitslosigkeit». Der Autor sieht sie als Folge einseitig materialistisch-quantitativer Betrachtungsweise wirtschaftlicher Aktivität, die im Westen «in gigantischen Kapitalkonzentrationen in Form von multinationalen Konzernen die soziale Grundlage der gesamten Weltwirtschaft erschüttern.»

Worauf wir in Prof. Wilkens Werk besonders hinweisen möchten, sind seine Ausführungen über Reformversuche am kapitalistischen Wirtschaftssystem, die in Deutschland und England gemacht werden. Als freiheitlich gesinnter und organisch denkender Mensch lehnt Prof. Wilkens die liberale Marktwirtschaft, vielmehr deren Auswüchse, vor allem aber die Verstaatlichung der Wirtschaft, wie sie in Sowjetrußland praktiziert wird, grundsätzlich ab, da kommunistisches Dogma, von einer allmächtigen Bürokratie interpretiert dem menschlichen Geist, das heißt persönlichem Denken keinen Spielraum läßt. Prof. Wilkens kommt in seiner Uebersicht auf einige deutsche Firmen zu sprechen, die, im Bestreben über die Konkurrenzwirtschaft hinaus zu sozialen Formen des Eigentums an der Unternehmung vorzustoßen, bemerkenswerte neue Organisationsformen erreicht haben. Er erwähnt auch die Schwierigkeiten, mit denen diese Reformbetriebe mitten in einer utilitaristisch denkenden Welt zu rechnen haben, und betont, daß «soziale Betriebsformen nicht gleichbedeutend sind mit einer sozialen Erneuerung des Wirtschaftslebens.»

Auf die letztere Wandlung zielt jedoch Ernst Bader, der Gründer der Scott Bader Commonwealth ab, wie aus seinen wiederholten Appellen an die britische Geschäftswelt hervorgeht. Sein Gefühl widersetzt sich den Grundideen vom «Arbeitsmarkt» und einem «Lohnsystem», insbesondere aber dem Gedanken, daß Kapital Menschen in seinem Dienste verwendet, anstatt daß Menschen Kapital verwenden.» (E. F. Schumacher). «Er wollte und will ein Wirtschaftsunternehmen begründen, in welchem die menschlichen Verhältnisse und das Zusammenwirken bei den gemeinsamen Arbeiten aus dem Geiste des praktischen Christentums hervorgehen. Das Wohlergehen einer zusammenarbeitenden menschlichen Gemeinschaft hängt davon ab, in welchem Maße jedes Mitglied sein Bestes zum Wohl der anderen, ja mehr als zu seinem eigenen Wohl beiträgt.»

Wir haben in den «Neuen Wegen» schon mehrmals über die Prinzipien und die Organisation der Scott Bader Commonwealth berichtet. Eine Würdigung der großartigen Pionierleistung Ernst Baders durch Dr. E. F. Schumacher erschien in der Juli/August-Nummer 1972 der «Neuen Wege». Wir erwähnten die geschäftlichen, allen Schwarzsehereien widersprechenden Erfolge des Unternehmens.

Letztes Jahr berichteten wir auch, daß das britische Unterhaus nach gründlicher Debatte die Unterstützung von Firmen beschloß, die ihr Geschäft im Sinne Ernst Baders als gemeinschaftliches Eigentum zu organisieren beabsichtigen.

Wenn die Scott Bader Commonwealth trotz solch offizieller Anerkennung und finanziellem Erfolg nicht auf ganze Scharen von Gemeinschaftsbetrieben hinweisen kann, die ihr Modell für industrielle Demokratie übernommen haben, so weist Prof. Wilkens mit Recht darauf hin, daß radikale Wandlungen manchen Anlaufs bedürfen, bevor sie sich durchsetzen. Tatsache ist immerhin, wie der Autor des besprochenen Buches bemerkt, daß «sozialschöpferische Kräfte, in immer größerem Umfange gesucht werden, was sich daran zeigt, daß Bestrebungen, die Betriebe sozial zu reformieren, zunehmen, und daß an vielen Stellen die Schulung von Wissen und Verantwortungs-Kräften besteht». Dies darf man doch wohl dahin interpretieren, daß Ideen, wie sie durch das Commonwealth Ernst Baders verkörpert werden, und die so sehr einem Bedürfnis entsprechen, nicht mehr untergehen.

Was man Prof. Wilkens Werk als Mangel ankreiden könnte, ist die völlige Ignorierung des chinesischen Beispiels einer Kapitalschöpfung aus dem Nichts. Es scheint in China, trotz Diktatur des Proletariats, im Unterschied zur Sowjetunion, eine «überpersönliche Geistesverfassung» zu geben, die zwar nicht im Religiösen wurzelt, aber doch das Wunder vollbracht hat, ein Volk aus einem Morast von Verzweiflung und Elend zum Glauben an sich selbst und zu einem wirtschaftlichen Aufbau zu inspirieren, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat. Wir sind überzeugt, daß sich Prof. Wilken bald einmal mit dieser Neugestaltung einer Volkswirtschaft auseinandersetzen muß, da sie viele Züge trägt, die sie für die Nationen der Dritten Welt attraktiv machen.

Red.

## «Chronisch Mächtige» und «chronisch Abhängige» zur Mitbestimmung

Ist das Thema Mitbestimmung nach der negativen Abstimmung im Frühjahr überhaupt noch aktuell? Der Arbeitskreis Industrie/Rügel bejahte das und hatte den Mut, in einer Zeit dringlicher wirtschaftlicher Probleme dieses menschliche Problem am 2. Dezember zum Thema einer Tagung zu machen. Titel: «Mitbestimmung - wie weiter?» Die überraschend hohe Teilnehmerzahl von Arbeitnehmer und Arbeit-